Tijen Ataoğlu, LL.M.
Mitglied des Deutschen Bundestages

Recht gut informiert

Newsletter Ihrer Bundestagsabgeordneten

Nr. 16

Liebe Leserinnen und Leser,

neues Jahr, neue Entlastungen. Kennen Sie die Änderungen zum 1. Januar 2026, die uns allen zugute kommen werden?
Ob die Erhöhung der Pendlerpauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer, die Senkung der Umsatzsteuer auf sieben Prozent auf Speisen in der Gastronomie, die Erhöhung des Kindergeldes um 48 Euro pro Monat oder die Senkung der Strompreise für alle Bürgerinnen und Bürger um bis zu 2 Cent pro Kilowattstunde. Wir reden nicht nur, wir halten unser Wort. Damit entlasten wir Bürger und Unternehmen. Trotz guter Zwischenergebnisse gilt gleichwohl, dass in diesem Jahr viel passieren muss. Unsere Wirtschaft schwächelt weiter, die sicherheitspolitische Lage verändert sich täglich weltweit. Unsere Arbeit im Jahr 2026 wird maßgebend sein für die Zukunft Deutschlands und Europas.

Deshalb ist es auch richtig, dass die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestages im neuen Jahr 2026 mit vollem Tempo begonnen hat. Der Rechtsausschuss hat schon am Montag zwei Sachverständigenanhörungen durchgeführt, eine dritte fand am Mittwoch statt. Im Plenum haben wir wichtige Themen debattiert: vom linksextremistischen Anschlag auf das Berliner Stromnetz, über die neue Grundsicherung, mit der wir einen wichtigen Schritt gehen, um unseren Sozialstaat zukunftsfest zu machen, bis hin zur außenpolitischen Lage.

Ich werde im Jahr 2026 weiter am Ball bleiben, um für Hagen, Breckerfeld, Ennepetal, Gevelsberg und Schwelm eine starke Stimme zu sein.

Jetzt wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre des ersten Newsletters in diesem

Jahr.

Ihre Tijen Ataoğlu

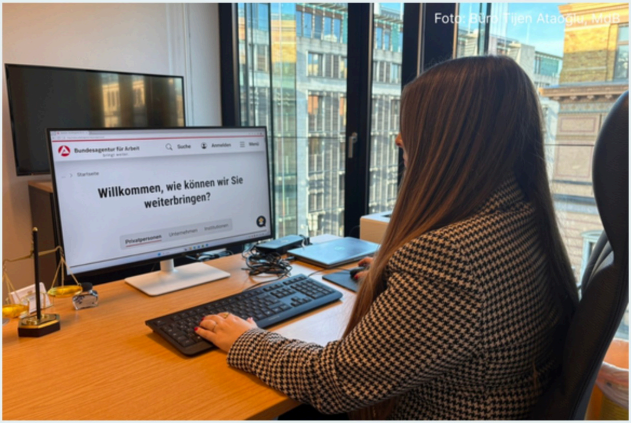

Foto: Büro Tijen Ataoğlu, MdB

Für mehr Gerechtigkeit: Neue Grundsicherung ersetzt Bürgergeld

Wir schaffen das Bürgergeld ab, die neue Grundsicherung kommt. Mit der neuen Grundsicherung wollen wir Arbeit fördern und Arbeitslosigkeit verringern. Wir kehren zurück zum Prinzip des Förderns und Forderns.
Wir bieten für Langzeitarbeitslose mehr Unterstützung an und eröffnen den Jobcentern mehr Spielräume für Förderleistungen. Auf der anderen Seite fordern wir aber auch mehr aktive Mitwirkung ein. Wir machen es denen schwer, die nicht mitwirken wollen. Wer von den Leistungen der Solidargemeinschaft lebt und arbeitsfähig ist, der muss sein Möglichstes tun, um bei der Arbeitsvermittlung mitzuwirken. Für diejenigen, die sich dem verweigern, geben wir den Jobcentern effektivere Mittel der Sanktionierung an die Hand. So wird es bei mehrmaligem Ignorieren von Termineinladungen oder der wiederholten Ablehnung von akzeptablen Jobangeboten zu echten Sanktionen kommen, die im Extremfall die komplette Streichung sämtlicher Leistungen bedeuten.
Ich bin überzeugt davon, dass wir mit dieser Reform die Vermittlung in Arbeit insgesamt verbessern werden. Wir wollen den vielen engagierten Personen besser helfen und gleichzeitig den renitenten Arbeitsverweigerern effektiver beikommen. So funktioniert eine echte Solidargemeinschaft.

Zudem werden ukrainische Flüchtlinge, die seit dem 1. April 2025 in Deutschland leben, zukünftig Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz erhalten und kein Bürgergeld bzw. keine Grundsicherung mehr bekommen. Das führt dazu, dass alle Flüchtlinge gleich behandelt werden und keine Gruppe bevorzugt wird. Zudem führt der sog. Rechtskreiswechsel dazu, dass die Ausgaben des Bundes perspektivisch sinken werden.

Foto: Deutscher Bundestag
Ataoğlu, MdB

Drei Sachverständigenanhörungen im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mit den drei öffentlichen Sachverständigenanhörungen, die der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz diese Woche durchgeführt hat, haben wir inzwischen schon insgesamt zehn Anhörungen seit dem Sommer abgehalten. Auch in dieser Woche konnte ich aktiv mitarbeiten und die Sachverständigen befragen.

Thematisch standen dabei das Vaterschaftsrecht, die grenzüberschreitende Sicherung und Herausgabe elektronischer Beweismittel bei Strafsachen im europäischen Rahmen sowie eine neue EU-Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung im Fokus.
Die Neuregelungen in puncto Vaterschaftsrecht sind notwendig, weil das Bundesverfassungsgericht ebendies vom Gesetzgeber verlangt hat. Die grenzüberschreitende Sicherung und Herausgabe elektronischer Beweismittel in Strafverfahren innerhalb der Europäischen Union, auch als sog. E-Evidence bezeichnet, soll die polizeiliche Arbeit bei grenzüberschreitender Kriminalität im Internet effizienter gestalten. Und bei den Änderungen zur besseren Terrorismusbekämpfung drehte sich vieles um die Präzisierung der Definition von terroristischen Straftatbeständen.

Sie sehen: Der in der Öffentlichkeit wenig beachtetet Rechtsausschuss arbeitet konsequent an der Stärkung unseres Rechtsstaates und der inneren Sicherheit. Ein großartiger Ausschuss!

Foto: Paul Schneider

Wichtiger Austausch zum Stahlstandort Hagen und Ennepe-Ruhr-Kreis

Stahl und Metall spielen in Hagen und im südlichen Ennepe-Ruhr-Kreis eine große Rolle für Wertschöpfung und Export. Die Branche sichert viele tausend Arbeitsplätze in der Produktion sowie in Zulieferbetrieben oder im Dienstleistungsgewerbe. Die Stahlindustrie stellt in meinem Wahlkreis eine prägende industrielle Grundlage dar. Natürlich beeinflusst sie damit nicht nur direkt die Wirtschaftsstruktur und Arbeitsplätze, sondern ist indirekt auch für die kommunalen Finanzen und das soziale Gefüge ganzer Städte wichtig und maßgeblich.

Deshalb war es mir am Donnerstag eine besondere Verpflichtung, bei einem Parlamentarischen Frühstück mit Firmenvertretern u.a. von Thyssenkrupp, der Bilstein Group und Knauf Interfer in den Austausch zu gehen. Bereits der Stahlgipfel unseres Bundeskanzlers am 6. November 2025 hat die Dringlichkeit entschlossenen Handelns zum Schutz unserer heimische Stahlindustrie klar aufgezeigt. Dort müssen wir jetzt anknüpfen und sind grundsätzlich offen für weitere politische Maßnahmen zum Schutz der für uns so wichtigen Stahlwertschöpfungskette. In den nächsten Wochen werde ich daher die Unternehmen auch im Wahlkreis besuchen. Dort können wir noch tiefer in die Diskussion gehen.

Foto: Büro Tijen Ataoğlu, MdB

Helfen Sie mit beim Bürokratieabbau

„Gemeinsam einfach machen“. Wahrscheinlich ist es in der Zeit um Weihnachten und Neujahr untergegangen: Gerne möchte ich Sie deshalb noch einmal auf das neue Portal der Bundesregierung aufmerksam machen, auf dem die Bürgerinnen und Bürger jetzt unkompliziert mitwirken können.
Melden Sie direkt, online und ohne Registrierung, wo Ihnen der bürokratische Schuh drückt. Das hilft der Bundesregierung bei der Schwachstellenanalyse. Wir werden unsere Verwaltung moderner, schlanker und handlungsfähiger gestalten. Denn eine gute Verwaltung soll helfen und sich in erster Linie an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientieren, nicht andersherum.

Deshalb machen Sie bitte unter www.einfach-machen.gov.de mit.

Meine Homepage

Impressum:
Nr. 16 | 16. Januar 2026
Herausgeber:
Bundestagsbüro Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: +49 30 / 227-70928
E-Mail: tijen.ataoglu@bundestag.de
V.i.S.d.P.: Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB

Web-Ansicht | Webview | Web görünümü

Abmeldung | Unsubscribe | Abonelikten çıkma bağlantısı